

<http://www.derwesten.de/staedte/witten/ueber-sechs-millionen-euro-fluechtlings-etat-geraet-aus-den-fugen-id10889175.html>

Finanzen

Über sechs Millionen Euro – Flüchtlings-Etat gerät aus den Fugen

16.07.2015 | 19:13 Uhr



Ohne Moos nix los: Die hochverschuldete Stadt muss mehr Geld für Flüchtlinge ausgeben als geplant.

Foto: Thomas Nitsche

Die noch Ende Mai für 2015 veranschlagten „knapp sechs Millionen Euro“ für Asylbewerber reichen nicht aus. Weitere Steigerung nicht ausgeschlossen

Es ist der nächste Nackenschlag für die mit rund 400 Mio Euro verschuldete Stadt: Die noch Ende Mai anvisierten „knapp sechs Millionen Euro“ für die Flüchtlingsarbeit werden in diesem Jahr nicht ausreichen, da bis Jahresende mehr Menschen in Witten erwartet werden. Das sagte Uwe Andresen, Amtsleiter „Wohnen und Soziales“.

Der Betrag, den die Stadt vor allem für Unterbringung und Haushaltsgeld ausgeben muss, werde bei „über sechs Millionen Euro“ liegen, so Andresen, wobei immer ein Anteil

von Bund und Land erstattet wird. Wie deutlich darüber, könne er noch nicht sagen. Auch Kämmerer Matthias Kleinschmidt will „keine Wasserstandsmeldungen abgeben“. Genaue Zahlen sollen im August vorliegen.

Ratsmitglieder müssen entscheiden

Derzeit arbeite man an einem Zwischenbericht für die Kommunalaufsicht und den Rat, so Kleinschmidt. Einen Nachtragshaushalt schließe er aus, „da entsprechende Wertgrenzen der Haushaltssatzung sicher nicht erreicht werden“. Voraussichtlich im September müssen die Ratsmitglieder über den höheren Etat entscheiden.

Der Betrag hatte sich mehrmals nach oben entwickelt: Lagen die Kosten 2014 „nur“ bei 4,3 Mio Euro, wurden im Herbst für dieses Jahr 5,1 Mio veranschlagt (für 800 zu erwartende Personen), die bei Weitem nicht reichen. Ende Mai musste Uwe Andresen im Sozialausschuss verkünden, dass man mit knapp sechs Millionen rechne. Nun also die weitere Steigerung.

Kein Spielraum für Einsparungen

Im zweiten Halbjahr rechnet die Stadt mit etwa 300 neuen Flüchtlingen. Das hieße, sie müsste zum Jahresende mehr als 900 Menschen betreuen, Abgänge inklusive. Weitere Kostensteigerungen sind indes nicht auszuschließen. „Wenn über die Kalkulation hinaus mehr als 950 Personen zugewiesen werden, wird ein weiterer Mehrbedarf entstehen“, bereitet Uwe Andresen Bürger und Politik auf eine mögliche weitere bittere Pille vor.

Dem Kämmerer bleibt nur, an Land und Bund zu appellieren. „Im Bundesvergleich zählt die Finanzierungsquote durch das Land zu einer der geringsten.“ Die „akute Zuspitzung der Flüchtlingssituation“ könne finanziell nicht von den Kommunen geschultert werden.

Spielraum für Einsparungen gibt es nicht. „Ich glaube, der Stadt ist es zusammen mit viel ehrenamtlichem Engagement ordentlich gelungen, menschenwürdige Unterbringung wirtschaftlich günstig sicherzustellen“, lobt der Kämmerer. Das Problem: „Da ist nicht viel, was man an Kosten drücken kann. Oder es geht unmittelbar auf die

Unterbringungsqualität.“

Dennis Sohner